

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Eine bittere Niederlage in Rheinland-Pfalz

Auf eine neue Mehrheit im Bundesrat hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Carl-Ludwig Wagner und Hans-Otto Wilhelm nach einer Bundesvorstandssitzung am 22. April im Konrad-Adenauer-Haus als Folge der bitteren Niederlage der CDU bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz hingewiesen und eine Zunahme notwendiger Diskussionen bei der Gesetzgebung vorausgesagt.

Über die Bundesländer sieht der Bundeskanzler auch die SPD in einer neuen Dimension von Verantwortung und erinnerte an seine eigenen Erfahrungen in den Jahren von 1969 bis 1976, in denen er als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz Wortführer der Union im Bundesrat war.

Eins ist für den Bundeskanzler klar: „Wir werden unsere Politik mit klaren Konturen selbstverständlich fortführen.“ Aber die Bundesregierung wird um die Durchsetzung ihrer Politik in Zukunft möglicherweise bis hin zum Vermittlungsausschuß ringen müssen.

(Fortsetzung Seite 3)

Telefon (02 28) 544-282

Unter dieser Telefonnummer können Sie die „Solidaritäts-Börse“ im Rahmen der Aktion „Solidarität“ erreichen.

HEUTE AKTUELL

● Deutschland

Erfolgreiche Bilanz der Treuhandanstalt: Allein im ersten Quartal 150 000 Arbeitsplätze auf Dauer gesichert. Seite 6

● Umweltschutz

Verpackungsverordnung — Klaus Töpfer: Abkehr von der Wegwerfgesellschaft beschleunigt. Seite 9

● Baden-Württemberg

Landesparteitag in Pforzheim: Jugend und Zukunft. Seite 14

● CDA

Ulf Fink: Wer Kapital hat, muß Arbeit schaffen. Seite 16

● Öffentlichkeitsarbeit

Materialien für die „Aktion Solidarität“. Seite 19

● Dokumentation

Die Wahl zum 12. Landtag von Rheinland-Pfalz. Vorläufiges amtliches Endergebnis. Grüner Teil

● Ratgeber

Tips zum Thema „Soziale Sicherheit“. Blauer Teil

Investitionen für die Leuna-Werke

Fünf Investitionsmaßnahmen mit zusammen mehr als 250 Millionen DM sind für den Chemiekonzern Leuna-Werke AG beschlossen worden. Bei den Projekten handelt es sich unter anderem um Anlagen zur Modernisierung der Technologien und um Umweltschutzmaßnahmen. Die Vorhaben könnten nach Bestätigung durch die Treuhand sofort realisiert werden. Für zwei weitere Vorhaben würde in den nächsten Wochen die Entscheidung getroffen.

AEG übernimmt Starkstromanlagenbau Dresden

Die AEG Aktiengesellschaft, Berlin und Frankfurt am Main, hat die Starkstromanlagenbau Dresden GmbH (SAD), Dresden, übernommen. Ein entsprechender Vertrag wurde jetzt von Vertretern des Elektrokonzerns und der Treuhandanstalt unterzeichnet.

Die Vereinbarungen sehen vor, daß das aus dem ehemaligen VEB „Otto Buchwitz“ Starkstrom-Anlagenbau Dresden hervorgegangene Unternehmen rückwirkend zum

1. Januar 1991 auf die AEG Aktiengesellschaft übertragen und in der heutigen Struktur als selbständige Gesellschaft weitergeführt wird. SAD ist einer der führenden ostdeutschen Anbieter von Energieverteilanlagen der Hoch- und Mittelspannungstechnik. Die Gesellschaft beschäftigt rund 1.100 Mitarbeiter. In diesem Jahr wird sie einen Umsatz

Nachrichten aus den neuen Ländern

von rund 160 Mio. DM erzielen. Langfristig wird die AEG durch den Erwerb von SAD am Industriestandort Dresden rund 950 Arbeitsplätze sichern.

Planungshilfe zur Beschleunigung von Baugenehmigungen

Zur Beschleunigung von Baugenehmigungen und Investitionen in den neuen Bundesländern gibt der Bund in den Jahren 1991 und 1992 insgesamt 100 Millionen Mark zur Unterstützung von Planungsaufträgen der Kommunen an Planungs- und Ingenieurbüros. Mit diesen Mitteln sollen die Gemeinden, die sich finanziell beteiligen, Aufträge zur Erstellung von Bebauungsplänen und anderen städtebaulichen Planungen erteilen. Damit sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für Investitionsvorhaben vor allem im Bereich von Industrie und Gewerbe geschaffen werden.

Viessmann produziert jetzt in Brandenburg

Die erste Viessmann Produktionsstätte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wird jetzt in Mittenwalde (Brandenburg) südlich von Berlin eingerichtet. Dort wurden Grundstücke und Gebäude des früheren

Kombinats Gasanlagen erworben. Das Unternehmen Viessmann, weltweit einer der führenden Hersteller von Heiz- und Kältetechnik mit gegenwärtig 6.800 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 1,1 Mrd. DM, läßt damit in einem ersten Schritt seine Zusage ein, Fertigungsstätten im Osten Deutschlands aufzubauen, um dort Arbeitsplätze zu schaffen, den Menschen Verdienstmöglichkeiten zu geben und die Entwicklung von Heizungsfachfirmen zu unterstützen. In dem neuen Betrieb sollen zunächst 50 Fachkräfte, die bereits im Berliner Viessmann Werk für die neuen Aufgaben ausgebildet werden, tätig sein.

Krause erwartet ersten Spatenstich für Verkehrsausbau im Herbst

Bundesverkehrsminister Günther Krause erwartet den ersten Spatenstich für die von ihm vorangetriebenen 17 Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ noch in diesem Herbst. Dazu gehören der Streckenabschnitt bei Stendal der geplanten Schnellbahnverbindung Hannover — Berlin und eine Trasse der vorgesehenen Ostsee-Autobahn bei Wismar. Als weitere vorrangige Projekte gelten die Grunderneuerung der Autobahn Hannover — Berlin mit Ausbau auf sechs Spuren und ein möglichst früher Beginn der Autobahn-Neubaustrecke Halle — Magdeburg. Das Programm „Deutsche Einheit“ hat insgesamt ein Kostenvolumen von 56 Milliarden Mark.

Carl-Ludwig Wagner:

Die CDU wird eine gute Oppositions-Politik machen

Den Verlust der Mehrheit für die bisherige Koalition in Mainz konstatierte Ministerpräsident Carl-Ludwig Wagner und nannte das Wahlergebnis einen herben Schlag für die Union in Rheinland-Pfalz. Mit aller Sorgfalt und ohne Schonung müsse jetzt analysiert werden, worauf das zurückzuführen ist: „Auf dieser Grundlage werden wir unsere künftige Politik aufzubauen haben.“

Carl-Ludwig Wagner weiter zu den Ursachen: Es gab wie immer bei solchen großen Entwicklungen selbstverständlich mehrere Ursachen, und zwar Ursachen, die von außerhalb des Landes Rheinland-Pfalz hergekommen sind, und ganz gewiß auch Ursachen, die innerhalb unseres Landes entstanden sind. Beide muß man sehen.

Zu den Ursachen von außen möchte ich sagen, daß wir ein überdurchschnittlich gutes Bundestagswahlergebnis in Rheinland-Pfalz hatten und bis in den Februar hinein gute Umfrageergebnisse. Diese sind dann rapide zurückgegangen im Zusammenhang mit der Diskussion über die Steuererhöhungen.

Ich möchte ausdrücklich klarstellen, daß ich dies nicht unter dem Gesichtspunkt anspreche, wo ein Verschulden liegt, sondern wir sprechen über Ursachen.

Die rheinland-pfälzische CDU und ich persönlich haben ohne Umschweife im Wahlkampf, und zwar Abend für Abend sowie in zahllosen Veröffentlichungen vertreten, daß diese Steuererhöhungen im

Kern unvermeidbar waren und sind. Das schließt nicht aus, daß man an der einen oder anderen Stelle eine Korrektur anzubringen wünscht. Es war schwierig, die Steueränderungen der Bevölkerung gegenüber zu vertreten. Und die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Beitrittsgebiet haben die Einschätzung der Gesamtpolitik der Union und der Bundesregierung für die Bevölkerung ebenfalls schwieriger gemacht.

Das wird sich in dem Maße ändern, wie die Lage sich bessert, und dann werden diejenigen im Unrecht sein, die gegenwärtig Panik verbreiten.

Ich möchte auch nicht verhehlen, daß das Gerangel um die Telefongebühren in der letzten Woche uns nicht erfreut hat. Gewiß war es nicht wahlentscheidend. Es hat aber den Schwierigkeiten, die vorhanden waren, etwas hinzugefügt.

Zu den Ursachen bei uns im Lande: Sie liegen nicht, wie mir scheint, in einer nicht erfolgreichen oder das Land nicht fördernden Landespolitik. Unser Land ist in den letzten Jahrzehnten und auch in den Jahren, für die ich als Regierungschef Verantwortung trage, sehr gut vorangekommen.

Erfolgreiche Landespolitik

Das betrifft unsere Leistungen in der Umweltpolitik und in der Politik für Betreuungseinrichtungen für Kinder ebenso wie die wirtschaftliche Strukturpolitik. Aus einem armen und weit unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Lande, ist ein Land geworden, das sich heute bei den Arbeitslosenzahlen deutlich günstiger darstellt als der Bundesdurchschnitt. Das kann von vielen anderen Dingen auch gesagt werden. Wir haben also eine erfolgreiche Landespolitik gemacht. Dabei bleibe ich, und dabei bleiben wir.

Es ist uns aber ganz offensichtlich nicht gelungen, diese erfolgreiche Landespolitik so ins Bewußtsein der Bürgerinnen und Bürger zu bringen, wie das erforderlich gewesen wäre, um die bundespolitischen Einflüsse, um die Diskussionen über die Steuererhöhungen zu überlagern. Die SPD hat sich ganz und gar auf die Steuererhöhung konzentriert. Sie hat ihren Wahlkampf voll und ganz auf diese Bundesfragen abgestellt.

Gemisch von Ursachen

Ferner wird bei uns die Frage erörtert werden müssen, wie sich die personelle Konstellation ausgewirkt hat, die wir in Rheinland-Pfalz dem Wähler geboten haben. Sie wissen, daß die CDU Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr beschlossen hat, mit einer Doppelaufstellung für das Spitzenamt in diesen Wahlkampf zu gehen, Doppelaufstellung, die darin bestand, daß ich für die erste Zeit der neuen Legislaturperiode als Ministerpräsident kandidierte, während für den zweiten Teil ab Ende 1992 ein Wechsel des Ministerpräsidentenamtes auf den Kollegen Wilhelm vorgesehen war.

Dies war wohlüberlegt. Aber die Erwartungen, die Hoffnung, die wir mit dieser Lösung verbunden, hat sich nicht in dem erwünschten Maße erfüllt, so daß auch hier wohl ein Stück Ursache liegen dürfte. Dabei möchte ich sagen, daß sich dieses Gemisch von Ursachen, dieses Zusammenfallen von Ursachen, wie ich es geschildert habe, nicht quantifizieren läßt. Insgesamt haben diese Ursachen zu diesem für uns gravierenden Wahlverlust geführt, der seinerseits dazu geführt hat, daß die CDU nicht mehr stärkste Partei in Rheinland-Pfalz ist.

Die CDU wird in die Opposition gehen und wird eine gute Oppositionspolitik machen. Davon bin ich überzeugt. ■

Hans-Otto Wilhelm:

Wir haben mit dem Veränderungsprozeß zu spät angefangen

44 Jahre politische Verantwortung bringen nach den Worten des Landesvorsitzenden Hans-Otto Wilhelm eine Partei in die Gefahr, den Wählerauftrag zu verlieren, weil durch zu lange Amtsdauer strukturelle Deformierungen entstehen können, Gewöhnung an Mehrheiten und vielleicht auch Nachlassen im Kampf um Inhalte und strukturelle Verbesserungen.

Hans-Otto Wilhelm: Mein Ziel war es, mit der rheinland-pfälzischen CDU ein Beispiel dafür zu geben, daß man sich trotz langjähriger Verantwortung auch in der „Macht“ so erneuern kann, daß man in der Konkurrenz mit dem politischen Kontrahenten wieder Mehrheiten findet.

Auf dem falschen Fuß

Ich bin der Meinung, daß wir mit diesem Veränderungsprozeß zu spät angefangen haben, so daß die notwendigen Veränderungen zu spät begonnen wurden. Wir sind ja der einzige Landesverband, der eine Ämterbegrenzung vorgesehen hat, der Amtszeitbegrenzung vorgesehen hat, um jüngere Leute und Frauen zu integrieren, nicht allein soziologischer Strukturen wegen, sondern weil jeder Neue auch Gedanken mitbringt, die für eine Volkspartei von unverzichtbarem Wert sind. Wir sind mitten in diesem Prozeß, der Partei ein offenes Profil zu verpassen, und genau in dieser Phase hat uns diese Wahlniederlage getroffen. ▶

Die Konsequenz wird unter anderem sein, diesen Weg weiter fortzugehen, auch wenn wir jetzt mehr in der Rolle des Zuschauers sein werden.

Was die konkreten Ursachen anbelangt: Es sind Ursachen, die sich aus dem Schlagschatten des Wahltermins ergeben. Die Wiederherstellung der sozialen, wirtschaftlichen und menschlichen Einheit hat auch Ängstlichkeit entstehen lassen, die in Neid- und Mißgunstparolen bei Montagsdemonstrationen geschürt wurde und in einen beispiellosen Wahlkampf eingeflossen ist, der mich allenfalls noch an die Zeiten der Weimarer Republik erinnert, wo mit persönlichen Lügnerwürfen diffamiert wurde. Das ist ein schmutziger Lorbeer, den die SPD errungen hat.

Erfolgreiche Bundespolitik

Das hat natürlich auch unsere Anhängerschaft beeindruckt und beeinflußt, und es war vor diesem Hintergrund sehr schwer, mit einer erfolgreichen Bundespolitik, sowohl was die Wirtschaftspolitik als auch die Sozial- und Umweltpolitik anbelangt, noch ein Stück nach vorn zu kommen.

Das Modell des Tandems hat sich nicht bewährt. Es war ein Beitrag für ein Stück Offenheit, das, was wir intern wissen, auch der Bevölkerung zu sagen. Es ist so nicht verstanden worden.

In die Opposition

Ich vermute, daß wir in Zukunft eine solche Tandemlösung, nachdem sie sich zweimal — in Niedersachsen und bei uns — nicht bewährt hat, nicht wiederholen werden.

Wir gehen in die Opposition, und ich gehe davon aus, daß sie dann endlich besser sein wird als die, die zuvor da war.

Schadet nur

Zu der IG-Metall-Demonstration in Berlin erklärte der Generalsekretär Volker Rühle:

Die von der IG Metall inszenierte Demonstration schafft nicht einen einzigen Arbeitsplatz. Sie schadet vielmehr den Bemühungen um den Aufbau der neuen Bundesländer und damit letztlich auch den Gewerkschaften selbst. Statt mitzuarbeiten, schürt die IG Metall in unverantwortlicher Weise Ängste. Sie drängt so die Menschen, denen man Mut machen muß, ins Abseits. Die von der Bundesregierung angebotene konstruktive Zusammenarbeit ist für die Menschen besser und überzeugender als inszenierte Protestveranstaltungen.

Die Quittung

Die bloße Teilnehmerzahl sagt nichts darüber aus, in welchem Maße Inhalt und Ablauf einer Demonstration reales Spiegelbild von Bürgeranliegen sind. Wenn aber eine so mitgliederstarke Organisation wie die IG Metall Sonderzüge und Busse für eine Großdemonstration von 150.000 erwarteten Arbeitnehmern chartert und es nehmen letztlich weniger als 35.000 teil, so ist das schon aussagestark.

Nachdem Steinkühler Arm in Arm mit der Gewerkschaft ÖTV die traditionsreiche Leipziger Montags-Demonstration parteipolitisch mißbraucht und leeredet, damit also letztlich dem Anliegen der sozial verunsicherten Bürger geschadet hatte, schuf er sich nun am Brandenburger Tor ein neues Forum. Platz genug war da, es kamen nur nicht allzu viele, da die satt-sam bekannten hohlen Phrasen keine Problemlösungen bieten. Diese Quittung war eindrucksvoll.

Rheinische Post

Erfolgreiche Bilanz der Treuhandanstalt:

Allein im ersten Quartal 150.000 Arbeitsplätze auf Dauer gesichert

Bis Ende März hat die Treuhandanstalt jedes achte industrielle Unternehmen des produzierenden Gewerbes in der ehemaligen DDR privatisiert. Außerdem wurden alle Warenhäuser, siebzig Prozent der Gaststätten und Ladengeschäfte sowie die Hälfte der staatlichen Apotheken verkauft.

Durch die Privatisierung der einst volkseigenen Betriebe, die der Treuhandzentrale zugeordnet sind, konnten allein im ersten Quartal des laufenden Jahres 150.000 Arbeitsplätze auf Dauer gesichert und Investitionen in Höhe von 8 Milliarden DM vereinbart werden. Insgesamt sind bereits über 340.000 Arbeitsplätze gesichert und Investitionen von 50 Milliarden DM zugesagt worden.

Allein in den Monaten Februar und März dieses Jahres konnten rund 600 Unternehmen, deren Kapitalanteile von der Treuhandanstalt gehalten werden, privatisiert und damit in die Hände unternehmerisch aktiver Eigentümer übertragen werden.

Seit ihrem Bestehen privatisierte die Treuhandanstalt 1261 Unternehmen, davon 883 kleine und mittlere Betriebe. Knapp 3000 Unternehmen, die 1972 enteignet wurden, wurden bisher durch die Treuhandanstalt reprivatisiert.

Gegenwärtig liegen der Treuhand mehr als 2100 konkrete Kaufangebote potentieller Investoren vor. Die Treuhand-Unternehmensbörse auf der Leipziger Frühjahrmesse hat 2500 weitere Interessenten motiviert. Von der Hannover-

Messe erhofft sich die Anstalt eine ähnliche Resonanz.

Die 15 Niederlassungen der Treuhandanstalt in den ehemaligen Bezirkshauptstädten sind für den Verkauf der in erster Linie regional tätigen Unternehmen mit weniger als 1500 Beschäftigten zuständig. Über sie wurden seit Bestehen der Treuhandanstalt insgesamt 15.200 Handlungseinrichtungen neuen Eigentümern übergeben, sowie 951 Apotheken und 212 kleinere örtliche Hotels.

Damit wurde ein wesentlicher Beitrag zum Aufbau des Mittelstandes in den neuen Bundesländern geleistet.

Die Treuhand hat bisher 58 Unternehmen an Städte und Gemeinden übertragen. Beantragt ist die Kommunalisierung weiterer 151 Betriebe. Außerdem haben die Kommunen 33.000 Anträge auf die Übertragung von Grund und Boden gestellt; 11.000 davon liegen im Zuständigkeitsbereich der Treuhand, 22.000 bei den Oberfinanzdirektionen. Die Treuhand rechnet insgesamt mit einer halben Million solcher Restitutionsanträge.

Für solche Unternehmen, die ein schlüssiges Privatisierungs- oder Sanierungskonzept erstellt haben, erkennt die Treuhandanstalt Ausgleichsforderungen an, übernimmt Hermes-Bürgschaften oder verbürgt Investitionskredite. 432 solcher Konzepte hat die Treuhandanstalt bisher endgültig geprüft, in knapp 269 Fällen müssen Unternehmenskonzepte intensiver untersucht werden. Insgesamt 300 Konzepte sind in Bearbeitung. Von ca. 1150 Unternehmen liegen die Konzepte

Meinungsaustausch mit dem DGB

Auf Einladung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, und des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Wolfgang Bötsch, ist der geschäftsführende Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem geschäftsführenden Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter Leitung seines Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer zu einem Meinungsaustausch zusammengetroffen.

Das Gespräch fand in offener und freundlicher Atmosphäre statt. Im Mittelpunkt stand die wirtschaftliche und soziale Situation in den neuen Bundesländern. Einvernehmen bestand darin,

Ungeheuer große Aufgabe

daß die Umwandlung von der sozialistischen Planwirtschaft in die soziale Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern eines der größten Unternehmen in der Weltgeschichte sei.

Bei dieser ungeheuer großen Aufgabe stünden sowohl die freien Gewerkschaften als auch die demokratischen

Parteien auf dem Prüfstand. Man war sich darin einig, daß jetzt nur ein Streit um den besseren Weg zur Lösung der großen Probleme in den neuen Bundesländern sinnvoll sei. Mit Worten und Aktionen sei behutsam umzugehen.

Richtig sei aber auch, daß in Anbetracht der Tatsache, daß die Wiedervereinigung

Beachtliche Veränderungen

erst sechs Monate zurückliege, die bisher geleisteten Veränderungen in den neuen Bundesländern bereits als beachtlich zu bezeichnen seien. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sprach dem Deutschen Gewerkschaftsbund Dank für seine Unterstützung beim Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost der unionsgeführten Bundesregierung aus.

Auch sei dem DGB wegen seiner Tarifpolitik zu danken, die den Menschen in den neuen Bundesländern eine Perspektive gebe, damit sie nicht nach Westdeutschland abwandern. Vereinbart wurde die Fortsetzung der Gespräche zwischen DGB und CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

noch nicht vor oder sind unvollständig. Dem Treuhandgesetz zufolge hat die Treuhand auch die Aufgabe, nicht sanierungsfähige Unternehmen oder Unternehmensteile stillzulegen und deren Vermögen zu verwerten. Dieser Aufgabe mußte die Treuhandanstalt bisher in 312 Fällen nachkommen. Daß mit einer sozialverträglichen Abwicklung auch neue Arbeitsplätze

geschaffen und erhalten werden können, zeigt das Beispiel der Stilllegung der Interflug GmbH, wo mittels einer Qualifizierungsgesellschaft rund 1000 Mitarbeiter eine weitere Beschäftigung finden werden. Beispielhaft für solche sozialverträglichen Lösungen ist auch die Liquidation des EPN Elektrophysikalischen Werks Neuruppin, wo auf diese Weise rund 800 Arbeitsplätze erhalten werden können. ■

Gesundheitspolitik in den neuen Bundesländern erfolgreich

Die Beratungen des Bundestagsausschusses für Gesundheit und die Besuche von Polikliniken in Berlin-Prenzlauer Berg und Bernau haben bestätigt, daß die Politik der Bundesregierung erfolgreich ist.

Die Entscheidung des Bundestages im Einigungsvertrag über die Einführung des freiheitlich gestalteten Niederlassungsrechts der Ärzte gegenüber den zentralistisch gestalteten, bisher staatlich getragenen Polikliniken in den neuen Bundesländern wurde bereits jetzt deutlich bestätigt. Nach den Ausführungen der Verantwortlichen der Länder — bis auf den Vertreter des Gesundheitsministeriums von Brandenburg — und der Experten der Ärzteschaft und Kassen ist abzusehen, daß Polikliniken entweder auslaufen oder umgestaltet werden in Genossenschaftspraxen oder Praxisgemeinschaften niedergelassener Ärzte.

Paul Hoffacker, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Gesundheit: Dem Konzept von Brandenburg wurden keine Chancen eingeräumt. Entgegen der Zusicherung des Gesundheitsministeriums von Brandenburg, angestellte und freiberuflich tätige Ärzte gleichzubehandeln, werden für Polikliniken 117 Millionen DM bereitgestellt, während die freiberuflich tätigen Ärzte keine Förderung erfahren. Dies ist eine einseitige Bevorzugung angestellter Ärzte. Die Ärztevertreter widersprachen diesem Brandenburger Modell, sagten aber jede Unterstützung für die Sicherstellung der Versorgung zu, wenn die Freiberuflichkeit und die wirtschaftlichen — mit freiberuflich niedergelassenen Ärzten vergleichbaren — chancengleichen Bedingungen erfüllt würden.

Für diejenigen Ärzte, die sich nicht mehr niederlassen wollen, plädierten die Verantwortlichen der Ärzteschaft und Kassen für eine Einbindung in Praxen niedergelassener Ärzte.

Bei der Umstrukturierung der Polikliniken findet der „medizinische Mittelbau“ gute Beschäftigungschancen in Krankenhäusern und in den Praxen niedergelassener Ärzte. Umschulungsmaßnahmen werden durch Unterstützung des ABM-Programms der Bundesregierung zunehmend genutzt. Die Überbesetzung von Personal, namentlich im technischen Bereich, in den bisherigen Polikliniken wird abgeschmolzen, die freigesetzten Arbeitskräfte mit Hilfe der ABM-Förderung in neue Berufe überführt.

Die „Sozialen Dienste“, die bisher von den Polikliniken geleistet wurden, werden nach den Ausführungen der Verantwortlichen z. T. von den Gesundheitsämtern fortgeführt. Handlungsbedarf bleibt bestehen bei den Beratungsdiensten.

Auch auf dem Gebiet der Schwerstpflegebedürftigen, deren Pflege zu Hause aufgrund des Gesundheitsreformgesetzes in Höhe von 400,— monatlich gefördert wird, sind Fortschritte zu verzeichnen. Der medizinische Dienst ist mit den Kassen für einen Übergang bis Ende 1991 geregelt und wird ab 1992 nach den Bestimmungen des Gesundheitsreformgesetzes geregelt.

Der Ausschuß für Gesundheit wird im Mai die Fragen der stationären Versorgung am Beispiel des Krankenhauses in Dessau erörtern. Die Kontakte mit den Betroffenen vor Ort sollen auch bei der stationären Krankenversorgung unmittelbarer Erkenntnisse vermitteln.

Verpackungsverordnung

Klaus Töpfer: Abkehr von der Wegwerfgesellschaft beschleunigt

Der Bundesrat hat am 19. April der von Bundesumweltminister Klaus Töpfer vorgelegten und vom Bundeskabinett am 14. November 1990 verabschiedeten Verordnung zur Vermeidung von Verpackungsabfällen zugestimmt. Damit ist in einem ersten wichtigen Bereich der Koalitionsvereinbarung Rechnung getragen.

Jetzt sind die Weichen endgültig in Richtung stärkere Abfallvermeidung sowie stoffliche Verwertung gestellt und die Abkehr von der Wegwerfgesellschaft beschleunigt. Die Verpackungsverordnung ist der Einstieg in eine neue Produktverantwortung von Herstellern und Vertreibern.

In der „Verantwortung des Produzenten und Konsumenten für den gesamten Lebenszyklus von Produkten“ zeigt sich die ökologische Dimension der Sozialen Marktwirtschaft. Die Verursacher — Industrie und Handel — sollen daher in Zukunft für die Rücknahme, Verwertung und Entsorgung ihrer Produkte verantwortlich sein.

Mit der Verordnung werden folgende Ziele erreicht:

- Hersteller und Handel müssen künftig als Verursacher die Verantwortung für gebrauchte Verpackungen übernehmen; Kommunen werden von Entsorgungsaufgaben entlastet.
- Die stoffliche Wiederverwertung hat eindeutig Vorrang vor jeder anderen Art der Entsorgung.
- Die Verpackungsflut wird durch Ver-

meidung und Wiederverwertung ganz erheblich vermindert.

Im einzelnen sind folgende Regelungen verabschiedet worden:

- Ab 1. Dezember 1991 haben Hersteller und Vertreiber Transportverpackungen zurückzunehmen und einer stofflichen Verwertung zuzuführen.
- Ab 1. April 1992 können Umverpackungen im Laden zurückgelassen werden; der Vertreiber hat sie einer erneuten Verwendung oder einer stofflichen Verwertung zuzuführen.
- Ab 1. Januar 1993 sind Verkaufspackungen von Hersteller und Vertreiber zurückzunehmen und einer erneuten Verwendung oder einer stofflichen Verwertung zuzuführen.

Ab 1. Januar 1993 wird darüber hinaus für Getränkeeinwegverpackungen, Verpackungen für Wasch- und Reinigungsmittel sowie für Dispersionsfarben ein Pflichtenpfand eingeführt. Damit wird ein weiterer Anreiz für die Verbraucher geschaffen, diese Verpackungen zurückzugeben.

Die Rücknahme- und Pflichtenpflicht für Verkaufspackungen am Laden kann — unter strengen Voraussetzungen — ersetzt werden durch flächendeckende verbraucherfreundliche Rücknahmesysteme (sog. duales System).

Die Wirtschaft erhält daher die Möglichkeit, in eigener Regie solche flächendeckend verbraucherfreundliche Rücknahmesysteme aufzubauen. Dabei können sowohl Hol- als auch bereits existierende

Bringsysteme (wie z. B. Glascontainer) genutzt und abgebaut werden.

Damit aber auch beim dualen System die Ziele der Verpackungsverordnung verwirklicht werden, können die Landesumweltminister es nur dann zulassen, wenn folgende Anforderungen erfüllt sind:

Gewährleistung einer konkreten Erfassungsquote

Ab 1. Juli 1995 müssen mindestens 80 Prozent aller Verpackungsarten, von Glas, Papier, Metallen, Kunststoffen bis zu den Verbundverpackungen, erfaßt werden.

Gewährleistung einer konkreten Sortierungsquote

Ab 1. Juli 1995 müssen bestimmte Sortierungsquoten erreicht werden: für Glas, Weißblech und Aluminium 90 Prozent, für die übrigen Verpackungen jeweils 80 Prozent.

Recyclingpflicht für alle aussortierten Wertstoffe

Alle aussortierten Wertstoffe müssen stofflich verwertet werden. Die Verbrennung von Verpackungswertstoffen wird ausgeschlossen.

Gewährleistung bestehender Mehrwegquoten bei Getränkeverpackungen und gezielte Erhöhung dieser Mehrwegquote

Der Mehrweganteil darf bei Getränkeverpackungen im gesamten Bundesgebiet nicht unter den heutigen Anteil von 72 Prozent sinken; dies gilt für Bier, Wasser mit oder ohne Kohlensäure, Erfrischungsgetränke, Säfte und Wein. Bei pasteurisierter Milch beträgt der entsprechende Anteil 17 Prozent. Werden diese Quoten nicht erreicht, gilt wiederum für

Getränkeverpackungen die Rücknahme- und Pfandpflicht am Laden. Darüber hinaus soll nach den Änderungswünschen des Bundesrates der heute in den Ländern erreichte Durchschnitts-Mehrweganteil nicht unterschritten werden. Ferner wird die Bundesregierung drei Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung über die notwendige Erhöhung und Differenzierung der Mehrweganteile entscheiden.

Integration bestehender Wertstoff-Sammelsysteme

Duale Sammel- und Verwertungssysteme sind auf vorhandene kommunale Systeme abzustimmen. Die entsorgungspflichtigen Körperschaften können die Übernahme bzw. Mitbenutzung ihrer Systeme gegen ein angemessenes Entgelt verlangen.

Sind die Voraussetzungen in den einzelnen Bundesländern nicht vorhanden, wird die Genehmigung für duale Systeme nicht erteilt bzw. widerrufen. In diesem Falle greift wieder die Rücknahme- und Pfandpflicht der Verordnung im Laden.

Der Bundesrat hat der Regierungsvorlage mit einigen Änderungswünschen zugestimmt. Sie werden von Bundesumweltminister Töpfer nachdrücklich unterstützt, denn sie verdeutlichen das von der Bundesregierung verfolgte Ziel des Vorrangs der stofflichen Verwertung und binden die vorhandenen kommunalen Entsorgungssysteme voll in das duale System ein. Daher wird Minister Töpfer dem Bundeskabinett, das sich nun mit der Stellungnahme des Bundesrates befassen wird, vorschlagen, den Änderungswünschen zuzustimmen.

Klaus Töpfer: Mit der Verpackungsverordnung wird sich eine entscheidende Veränderung in der Abfallwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in Richtung Vermeidung und stofflicher Verwertung vollziehen. ■

Alfred Dregger:

Erfahrungen und Eindrücke bei meinen Besuchen in Moskau und in Kiew

Im Verhältnis der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken zu den jeweiligen Teilrepubliken gibt es eine deutliche Gewichtsverlagerung zugunsten der Teilrepubliken. Die Ursachen dafür sind:

- der Wegfall des Machtmonopols der zentralistischen KPdSU,
- die gewünschte „Rückversicherung“ der Teilrepubliken gegen den Machtmißbrauch und gegen das Versagen der Zentrale,
- die Rückbesinnung der Teilrepubliken auf ihre nationalen Identitäten.

Das Verhältnis dieser Republiken zur Union wird eher mit dem der europäischen Nationalstaaten zur EG verglichen werden können als mit dem Verhältnis der Bundesländer zum Bund. Das gilt nicht nur für die Größe und Einwohnerzahl dieser Republiken, sondern auch für deren Zuständigkeiten. Alle Republiken haben sich als „souverän“ erklärt. Dennoch wollen die meisten Republiken an der Union festhalten, aber sie sehen sich als Nationen.

Das gilt nicht nur für die Führung der russischen föderativen Republik, deren Parlamentspräsident Jelzin aus der KP ausgetreten ist, sondern auch für den Parlamentspräsidenten der Ukraine, Kravtschuk, der nach wie vor Mitglied der KP ist. „Wir wollen von der Union als eigenlichem Träger des Selbstbestimmungsrechtes der Völker anerkannt werden, sonst werden wir ihr nicht beitreten“, erklärte er mir in Kiew.

Die Entscheidung über die künftige Gestaltung der Sowjetunion ist ihre innere Angelegenheit. Wir sollten jegliche Parteinahme vermeiden, allenfalls unseren Rat, soweit er gewünscht wird, zur Verfügung stellen. Natürlich müssen wir für die Entwicklungen dort offen sein.

Demokratie und Pluralismus

Die Sowjetunion ist auf dem Weg zu demokratischen und pluralistischen Strukturen. Dafür gibt es deutlich sichtbare Zeichen, z.B. **die Freiheit der Kirchen.**

- An Ostern gab es Prozessionen in einzelnen Städten, nicht nur im unmittelbaren Bereich der Gotterhäuser. Der Ostergottesdienst wurde im Fernsehen übertragen. Das staatliche Fernsehen hat sein Programm an Ostern eröffnet mit dem alten christlichen Ostergruß: „Christus ist auferstanden“.

- Es bilden sich zahlreiche Gemeinden. Sie erhalten ihre Kirchengebäude zurück, wenn sie mehr als 20 Mitglieder umfassen und zu ihrer Übernahme bereit sind.

- In den Kirchen herrscht Freiheit für die Christenlehre. In der Ukraine kann diese teilweise auch in Räumen der staatlichen Schulen erteilt werden.

- Die Kirchen können auch wieder karitativ tätig werden, wenn sie dies wollen und wenn sie dazu in der Lage sind.

Die Freiheit der Opposition

In der Ukraine gehören von 450 Mitgliedern des Obersten Sowjets 120 zur Oppo-

sition, die aus verschiedenen Gruppierungen besteht. Sie hat sich einen gemeinsamen Vorsitzenden gewählt, Prof. Igor Juchnowsky, der parteilos ist. Einer der Vizepräsidenten des Obersten Sowjets gehört der Opposition an. Er ist Vorsitzender der Partei der demokratischen Wiedergeburt, die sich vorwiegend auf Mitglieder stützt, die aus der KP ausgeschlossen sind.

Die wirtschaftliche Entwicklung

Die Wirtschaftslage ist nach wie vor schlecht. Es fehlt an klaren staatlichen Rahmenbedingungen. Das gilt nicht nur für die künftige Kompetenzverteilung zwischen der Union und den Republiken, sondern auch für die Grundsätze der Wirtschafts- und Währungspolitik. So wird z.B. ernsthaft überlegt, ob sich einige Republiken eine eigene Währung schaffen sollen.

Die Realisierung der dem Bundeswirtschaftsminister gegebenen Zusagen über ein Handelsvolumen von 9 Milliarden DM stößt auf Schwierigkeiten. Das Gespräch der Staatssekretäre Köhler und von Würzen in Moskau soll fortgesetzt werden. Es gibt auch ein Interesse der Sowjetunion, daß ihre Geschäftspartner aus der ehemaligen DDR, auf die sie eingestellt sind, ihre Tätigkeit fortsetzen können.

Zur Zeit gibt es neben der Botschaft in Moskau drei deutsche Generalkonsulate in Leningrad, Minsk und Kiew. Der riesige Raum der Sowjetunion, insbesondere östlich des Urals, kann von dorthier nicht erfaßt werden. Dort aber sind bedeutende Industriezentren entstanden. Deutschland ist zur Zeit noch der erste Wirtschaftspartner der Sowjetunion. Wenn das so bleiben soll, müssen weitere Generalkonsulate und Konsulate eingerichtet werden. Außerdem sollten wir die

bereits angelaufene Ausbildung von Managern und anderen Fachkräften verstärken. Ich bin überzeugt, daß der sowjetische Markt eine große Zukunftsbedeutung haben wird.

Außen- und Sicherheitspolitik

Selbst die Zukunft der Armee wird diskutiert. Es gibt Bestrebungen nach nationalen Armeen in den Teilrepubliken, wobei allerdings die strategischen Waffen bei der Armee der Union verbleiben sollen. Ich hatte ein einstündiges Gespräch mit Marschall Achromejew, der z. Zt. Abgeordneter im Obersten Sowjet ist. Außerdem wurde ich von Verteidigungsminister, Marschall Jasow, empfangen; an diesem ebenfalls einstündigen Gespräch nahmen der Generalstabschef Moissejew und weitere hochrangige Generäle teil.

Meine militärischen Gesprächspartner hatten Verständnis für den Zusammenschluß und die Aktivierung der Westeuropäischen Union. Auch der Vorsitzende des Komitees für Europäische Sicherheit, Herr Sagladin, hielt die Westeuropäische Union und die Tatsache, daß die Europäische Gemeinschaft ihre gemeinsame Sicherheit mit ihrer Hilfe praktisch organisieren, für eine „ganz normale Sache“. Er meinte, die zukünftige Sicherheit der ost-mitteuropäischen Staaten, Ungarn, ČSSR und Polen wäre eine „delikate“ Frage. Die Sowjetunion wolle mit diesen ehemaligen Verbündeten bilaterale Verträge schließen. Doch hat sie nicht erst durch den Besuch von Václav Havel und Lech Walensa in Brüssel erkannt, daß die Staaten Ost-Mittel-Europas sicherheitspolitischen Halt im Westen suchen.

Mit mehreren Gesprächspartnern habe ich die Kurden-Frage besprochen. Ich habe die Sowjetunion als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates ermuntert, im Sicherheitsrat eine Initiative zugunsten

Grundsatzprogramm-Kommission will breit angelegte Diskussion

Unter der Leitung des Generalsekretärs Volker Rühle und des stellvertretenden Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Lothar de Maizière, hat sich am 17. April die Grundsatzprogramm-Kommission der CDU konstituiert. Der Bundesvorstand der CDU hat Lothar de Maizière zum Vorsitzenden der Kommission bestellt, sein Stellvertreter ist Prof. Dr. Rupert Scholz.

Die Kommission hat die Aufgabe, das Ludwigshafener Grundsatzprogramm von 1978 unter Beachtung der Herausforderung, die die deutsche Einigung und die Vereinigung der CDU mit sich gebracht haben, fortzuschreiben. Dieses Programm ist in vielen seiner Grundsätze eine auch heute noch gültige Standortbestimmung christlich-demokratischer Politik.

Angesichts der tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in der jüngsten Zeit will die

CDU mit ihrer Programm-Arbeit zukunftsweisende Antworten auf die neuen Aufgaben und Herausforderungen geben, sie will Perspektiven und Visionen aufzeigen. In einer Zeit der Umbrüche will die CDU für die geistige und politische Auseinandersetzung über Grundwerte und Grundsatzenfragen einen Beitrag zu einer klaren Wertorientierung leisten.

Darüber hinaus soll die Arbeit der Grundsatzprogramm-Kommission zur politischen Integration der Gesamtpartei nach ihrer Vereinigung beitragen. Die früher getrennten Teile der Partei werden insbesondere auch im Rahmen der Grundsatzprogramm-Arbeit die Möglichkeit haben, ihre eigene Identität, ihre spezifischen Erfahrungen und Sichtweisen einzubringen.

Die Fortschreibung des Ludwigshafener Grundsatzprogramms wird in der Partei und in der Öffentlichkeit in einer breit angelegten Diskussion erarbeitet werden.

der Kurden zu ergreifen. Deutschland werde eine solche Politik unterstützen.

Zur Lage der Rußlanddeutschen

Ich hatte ein Gespräch mit den Herren Heinrich Groth, dem Vorsitzenden der Alluniongesellschaft „Wiedergeburt“, und Hugo Wormsbecher, der Mitglied der kommunistischen Partei der russischen Republik ist. Ich habe mich dafür eingesetzt, daß sie ihren Konflikt um taktische Überlegungen beilegen.

Im Ziel sind beide sich einig: Daß die Rußlanddeutschen eine territoriale Auto-

nomie anstreben müssen. Nachdem die Vertreibungsdekrete Stalins als ungültig aufgehoben sind, leben die historischen Rechte der Deutschen an der Wolga wieder auf.

In einem Gespräch mit dem stellvertretenden Präsidenten der Sowjetunion, Herrn Janajew, hat mir dieser seine Unterstützung für diese schwierige Lage der Sowjetdeutschen zugesagt. Herr Wormsbecher hat berichtet, daß die kommunistische Partei der russischen föderativen Republik ebenfalls die Rußlanddeutschen unterstützen will. ■

Landesparteitag in Pforzheim

Jugend und Zukunft

Unter dem Titel „Jugend und Zukunft“ hat die baden-württembergische CDU auf ihrem 3. Kleinen Landesparteitag am 20. April in Pforzheim ein jugendpolitisches Grundsatprogramm beschlossen. Die CDU Baden-Württemberg möchte mit diesem Programm die Bedeutung der jungen Generation für die Gesellschaft von heute und morgen unterstreichen und fordert dazu auf, neue Formen kultureller, sozialer und politischer Teilhabe junger Menschen am gesellschaftlichen Leben nicht nur zu tolerieren, sondern auch weiterzuführen und zu entwickeln.

Als Gastreferentin forderte die Bundesministerin für Jugend und Frauen, Angela Merkel, eine ernsthafte Chance für Jugendliche im vereinten Deutschland, an politischen Entscheidungen mitwirken zu können. „Die Politik der Partei darf nicht zu einer Politik der Hinterzimmer und Seilschaften verkommen“, wenn sie für Jugendliche attraktiv sein möchte. Sie zeigte sich zuversichtlich, auf diese Weise dann die große Mehrheit der Jugendlichen für eine aktive Mitarbeit am Aufbau der Strukturen in den neuen Bundesländern zu gewinnen.

Der baden-württembergische Ministerpräsident und stellvertretende Landesvorsitzende Erwin Teufel wandte sich in seiner Rede gegen eine „isolierte Jugendpolitik“. Der Ausbau der sozialen Infrastruktur solle die Trennung von Generationen und Lebensbereichen überwinden helfen und nicht verstärken.

Im öffentlichen Bewußtsein und in der Politik sei eine Trendwende erforderlich, damit sich junge, aber auch ältere Menschen oder Mütter mit Kindern im Alltag entfalten können.

Die Schulen und Universitäten sollten, so Ministerpräsident Erwin Teufel, nicht nur Orte der Wissensvermittlung sein, sondern auch Orte, wo „soziale Tugenden trainiert werden“. Damit würden sie mehr in die Gesellschaft integriert, und das Bildungswesen würde nicht Gefahr laufen, zur gegenseitigen Abschottung der Generationen beizutragen.

Jugendpolitischer Leitantrag

Der jugendpolitische Leitantrag, den die Junge Union formuliert hatte, wurde von den Delegierten mit einigen Änderungen verabschiedet.

In dem Papier heißt es „Elan, Ideale und Tatendrang der Jugend seien genauso gefordert wie Erfahrung, Nachdenklichkeit und Gelassenheit des Alters“. Die Belange junger Menschen seien Zukunftsfragen und eine Herausforderung auf allen Feldern der Politik. Mit dem verabschiedeten Leitantrag soll nach dem Willen der CDU Baden-Württemberg eine breite Diskussion über Zukunftsfragen ausgelöst werden.

In dem Beschluß wird verlangt, daß die Ausbildungszeiten an Gymnasien und Hochschulen verkürzt und das berufliche Schulwesen verbessert wird. Der Numerus clausus an Hochschulen müsse durch eine kombinierte Lösung aus bedarfsgerichtetem Ausbau und der Eröffnung

Starke Nachfrage nach Eigenkapitalhilfe-Darlehen in den neuen Ländern

Die Nachfrage nach Eigenkapitalhilfe-Darlehen der Bundesregierung hat sich deutlich verstärkt. Im ersten Quartal dieses Jahres wurden 15.600 Anträge auf 950 Millionen DM gestellt.

Das waren gegenüber dem letzten Quartal des Vorjahres doppelt so viel bei der Zahl der Anträge (7.800) und mehr als doppelt so viel beim Antragsvolumen (440 Millionen DM). 96 Prozent der Antragsteller stammen aus den neuen Bundesländern.

Freie Berufe interessiert

Die Nachfrage nach diesem zinsgünstigen Darlehen aus den neuen Ländern sei mehr als vier Mal so hoch wie für Vorhaben für die alten Länder. Die meisten Anträge kommen von den freien Berufen (rund 39 Prozent).

Danach folgen das Handwerk mit 25 und der Einzelhandel mit 15 Prozent. Seit Januar sei die Nachfrage stetig gestiegen. Eine Abschwächung sei nicht feststellbar.

Ohne Bürgschaften

Eigenkapitalhilfe-Darlehen, die in den ersten drei Jahren zinsfrei mit allmählichem Zinsanstieg in den Folgejahren sind, können zur Gründung eines Unternehmens oder einer freiberuflichen Existenz, zum Erwerb von Unternehmen sowie für Investitionen in Anspruch genommen werden. Als Vorteile gelten unter anderem, daß keine Sicherheiten wie Hypotheken oder Bürgschaften nötig sind und die Laufzeit der Darlehen mit 20 Jahren lang ist bei einer tilgungsfreien Zeit von zehn Jahren.

attraktiver Ausbildungsvarianten abgeschafft werden. Gefordert wurden darüber hinaus mehr zweisprachige Schulen sowie die Einrichtung einer Landesschülervertretung.

Sehr engagiert wurde über den Teil des Leitantes, der sich mit dem Bereich „Partnerschaft und Familie“ auseinandersetzt, diskutiert.

Auf Antrag des Landesvorstandes wurde eine Formulierung beschlossen, wonach „die Ehe die elementarste Grundlage im Zusammenleben von Frau und Mann“ bildet. Mit Sorge betrachtet die CDU Baden-Württemberg die wachsende Zahl der Scheidungen.

Gefordert wird darüber hinaus eine pragmatische Lösung der Probleme nichtehelicher Lebensgemeinschaften bzw. beim Miet- oder beim Sorgerecht für Kinder. Wohnungsbesitzer, die an mehrköpfige Familien billiger vermieten, sollen — so der Beschluß des Landesparteitages — künftig steuerlich begünstigt werden.

Zum politischen und sozialen Engagement soll die Jugend ausdrücklich ermutigt werden. Traditionelle Jugendorganisationen und Jugendverbände sollen die Möglichkeit haben, jugendspezifische Angebote machen zu können, auf Jugendliche einzugehen und ihnen Betätigungsfelder bieten zu können. ■

Ulf Fink: Wer Kapital hat, muß Arbeit schaffen

1947 fand die erste gesamtdeutsche Reichstagung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) im nordrhein-westfälischen Hagen statt. 44 Jahre später trafen sich vom 19. bis 21. April 1991 die CDU-Arbeitnehmer/innen auf der konstituierenden gesamtdeutschen Delegiertenkonferenz in Königswinter.

Von 400 Delegierten kam jeder fünfte aus den ostdeutschen Ländern. In ihren Reihen erfreulich viele junge und weibliche Mitglieder. Harte Brocken hatte sich diese Bundestagung aufgeladen:

Umfangreiche Leitanträge zur Verantwortung der Christlich-Sozialen in einem sich einigenden Europa und Arbeit für alle in Deutschland, eine völlig neue Satzung, die den Ansprüchen eines größer gewordenen Verbandes Rechnung tragen muß und ein Ereignis, das die Medien im Vorfeld bereits intensiv kommentierten, Vorstandswahlen.

Zum Auftakt dankte Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth für gute Zusammenarbeit und wertvolle Impulse. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, der „seine Verwandtschaft“ aufforderte, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung ihren Einfluß in CDU und Gewerkschaften zu verstärken. An die gewerkschaftlichen Veranstalter von Montags-Demonstrationen in Leipzig gerichtet, warnte er „freie Gewerkschaften vor falschen Freunden“. Wenn die „PDS zur Demonstration über soziale Mißstände aufruft, dann könne man gleich aus der Mafia eine Wach- und

Schließgesellschaft machen“. Noch sichtlich erschüttert berichtete der CDA-Altvorsitzende über seine Erlebnisse bei den kurdischen Flüchtlingen in der Türkei. Prägeleuchtende türkische Soldaten seien eine Schande für die Nato als Bündnis zur Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten.

Alte Ziele

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Heiner Geißler nutzte den Sonntag morgen zu einer einfühlsamen und eindringlichen Buß-Predigt. Er mahnte zur Geschlossenheit und unterstützte die Forderung von Ulf Fink nach einem „Solidarpakt aller gesellschaftlichen Kräfte“. Dabei unterstrich er vor allem den Investivlohn-Gedanken, der zu

In Königswinter fand die CDA zur Geschlossenheit zurück

lange von den Tarifparteien verschlafen worden sei. Heute endlich müsse die Gelegenheit genutzt werden, breite Schichten der Bevölkerung am Produktivkapital der Wirtschaft zu beteiligen. Gleichzeitig wäre dies eine Kapitalbildungsquelle für den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern. Von den deutschen Themen spann Geißler den Bogen zur Weltpolitik. „Das Elend dieser Welt wird nicht vor den Toren Europas halt machen. Erst werden die

Armen vor den Türen Europas stehen und anklopfen, werden sie nicht gehört, werden sie heftig rütteln und es wird der Tag kommen, an dem . . .“ — Europa darf keine „geschlossene Gesellschaft“ sein; es wird als „Insel des Wohlstandes in einem Ozean des Elends auf dieser Welt seinen Beitrag zur gerechteren Weltwirtschaftsordnung leisten müssen“.

In einer Grundsatzrede erneuerte Ulf Fink die Forderung nach einem Solidar-pakt, zu dem die Arbeitgeber ebenso wie alle abhängig Beschäftigten und die alten Bundesländer ihren Beitrag zu leisten haben. Bereits heute gebe es Früchte der Einheit, die denen vorenthalten werden, die sie am meisten benötigen. „Es kann nicht sein, daß im Westen produziert und im Osten nur konsumiert wird. Wer Kapital hat, muß Arbeit schaffen. Die Wachstumsrate sei aufgrund der Deutschen Einheit in die Höhe geschneit, daher ist es nur recht und billig, wenn ein Teil der Gewinne in den neuen Bundesländern zusätzlich investiert wird.“ Sein Credo für die soziale Verteidigungsbereitschaft unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung: „Eigentum für alle“.

Neue Wege

In der neuen gesamtdeutschen Satzung wurde verankert, daß ein Drittel aller Vorstandsposten von Frauen besetzt werden soll und in den Arbeitsgemeinschaften der CDA bzw. in den CDA-Gremien der ostdeutschen Länder Nicht-Mitglieder der CDU auch das passive Wahlrecht erhalten. Dies betrifft die Arbeitsgemeinschaft der „Jungen Arbeitnehmerschaft“, der berufstätigen Frauen und gewerkschaftliche Strukturen. Damit will die CDA eine für die Gesamtpartei wichtige Brückenfunktion zum vorparlamentarischen konfessionellen Bereich wahrnehmen.

Die CDA versteht sich seit jeher als „par-

lamentarischer Arm der christlich-sozialen Bewegung“, deren Flaggschiffe, die Verbände der katholischen Arbeitnehmerschaft, des Kolpingwerkes und der evangelischen Arbeitnehmerschaft, auch die Keimzelle für die Gründung der überkonfessionellen christlichen Volkspartei CDU 1947 waren. Es ist ein offenes Geheimnis, daß diese früheren engen Beziehungen heute verschüttet, teilweise sogar verpöht sind.

Neben diesen Strukturmaßnahmen zeigen auch die Personalentscheidungen, wo die Perspektiven liegen. Mit einem deutlichen Votum von ca. 76 Prozent wurde Ulf Fink, der auch stellvertretender DGB-Vorsitzender ist, als CDA-Bundesvorsitzender wiedergewählt. Der ehemalige Hauptgeschäftsführer Heinz-Adolf Hörsken (MdB) übernahm die neu geschaffene Aufgabe eines Geschäftsführenden Bundesvorsitzenden, Heinz Soenius erhielt als Schatzmeister über 90 Prozent.

In der Riege der stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurde Rainer Eppelmann als Vertreter der ostdeutschen Länder mit 81 Prozent gewählt. Er dokumentiert, daß die Wurzeln der CDA neben der christlich-sozialen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, dem Widerstand zum Nationalsozialismus nun auch im Widerstand zum bürokratischen Sozialismus in der ehemaligen DDR liegen. Als weitere Stellvertreter wurden gewählt: Walter Link (MdB), Hermann Mühlbeyer, Ingrid Sehrbrock und Wolfgang Vogt (MdB).

Hinweis:

In der nächsten Ausgabe der CDA-Mitgliederzeitschrift „Soziale Ordnung“ wird über die Bundestagung ausführlich berichtet.

Bestellung an: IS-Versandzentrum Postfach 1328, 4804 Versmold

Besteller und Rechnungsanschrift	Der Versand soll erfolgen (bitte ankreuzen) <input type="checkbox"/> Normalversand <input type="checkbox"/> Eilzustellung (Gegen gesonderte Berechnung) <table border="1" data-bbox="637 348 802 408"> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> </table> CDU-Verbands- Nummer					
Versandanschrift falls nicht identisch	☎ des Bestellers /					

Best.-Nr.	Anzahl	Titel bzw. Artikelbezeichnung	Preis
5408		Ratgeber, Tips zum Thema: Arbeit 50 Expl. a` 9,-- DM	
5416		Ratgeber, Tips zum Thema: Familie 50 Expl. a` 9,-- DM	
5417		Ratgeber, Tips zum Thema: Gesundheit 50 Expl. a` 9,-- DM	
5422		Ratgeber, Tips zum Thema: Verbraucher 50 Expl. a` 9,-- DM	
5423		Ratgeber, Tips zum Thema: Soziale Sicherheit 50 Expl. a` 9,-- DM	
1418		Rahmenflugblatt DIN A4: Solidarität 500 Expl. a` 18,-- DM	
9413		Postkarte DIN A6: Solidarität 100 Expl. a` 12,-- DM	

Datum

Stempel

Unterschrift

Materialien für die „Aktion Solidarität“ mit den neuen Ländern

Das abgebildete **DIN-A1-Plakat** ist für die Ausschmückung von Räumen gedacht, in denen Sie Veranstaltungen im Rahmen der „Aktion Solidarität“ planen. Sie können dieses Plakat in kleinen Mengen in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit, Telefon (02 28) 5 44-477, solange der Vorrat reicht, bestellen. Mit demselben Motiv gibt es auch eine **Wandzeitung**.

Eine **weitere Wandzeitung** zur „Aktion Solidarität“ für Ihren Schaukasten werden wir Ihnen voraussichtlich im nächsten UiD vorstellen.

Auf dem Bestellzettel (links) finden Sie sowohl **Rahmenflugblätter** für Ankündigungen zur „Aktion Solidarität“ als auch **Postkarten**, auf deren Rückseite Interessenten ihre Bereitschaft erklären können, bei der Aktion „Wir halten zusammen“ mitzuarbeiten.

Wir halten zusammen



Außerdem sind inzwischen fünf Ausgaben der Reihe „**Ratgeber für die neuen Bundesländer**“ erschienen, die Sie ebenfalls in unserem Versandzentrum bestellen können. Der nächste UiD wird Tips zum Thema „Verbraucher“ bringen. ■

In der CDU-Bundesgeschäftsstelle ist eine „Solidaritäts-Börse“ eingerichtet worden. Im Rahmen dieser Börse werden z. B. Anregungen für Aktionen und Namen von Experten, die Beratungen durchführen können, entgegengenommen. Diese werden weitergegeben, so daß angebotene und nachgefragte Dienste optimal koordiniert werden können.

Solidaritätsbörse (02 28) 54 42 82

Sie können die „Solidaritäts-Börse“ unter der Telefonnummer (02 28) 5 44-282 erreichen, oder schreiben Sie an die

● CDU-Bundesgeschäftsstelle, Solidaritäts-Börse, „Wir halten zusammen“, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Für Umweltaktionen

Im Rahmen der „Aktion Solidarität“ ist auch an Umweltaktionen gedacht. Überlegen Sie gemeinsam mit Ihrem CDU-Partnerverband, wie Sie mithelfen können, daß es auch bald in den neuen Bundesländern bessere Luft, saubere Gewässer und mehr Umweltschutz gibt.

Regen Sie in Ihrem CDU-Partnerverband an, daß dort wie im Westen ein Umweltbeauftragter bestellt wird. Der Umweltbeauftragte Ihres Kreisverbandes steht dem Umweltbeauftragten des CDU-Partnerverbandes mit Rat und Tat zur Seite. Im Westen erprobte Aktionsmodelle können — den örtlichen Verhältnissen angepaßt — als Vorbild dienen.

Für Umweltaktionen bieten wir die im Foto abgebildete Tragetasche aus umweltfreundlicher Naturbaumwolle an.

Bestell-Nr.: 9388

Verpackungseinheit: 25 Exemplare

Preis je Verpackungseinheit: 25,— DM zuzüglich MwSt.



Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Vermold

UID

14/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.